

Antrag

des NEOS Landtagsklubs (Erstantragstellerin LA Susanna Riedlsperger)

betreffend: **Aufnahmestopp im Landesdienst**

Der Landtag wolle beschließen

"Die Landesregierung wird aufgefordert, einen sofortigen Aufnahmestopp für die allgemeine Landesverwaltung zu verhängen, bis eine umfassende interne Umstrukturierung und Nachbesetzung bestehender Planstellen erfolgt ist."

Zuweisungsvorschlag:

Finanzausschuss

Begründung:

Infolge der Covid-19-Pandemie wurde der Personalstand in der Landesverwaltung massiv aufgestockt: Während der Pandemie wurden 296,5 neue Vollzeitstellen geschaffen, alleine im Jahr 2022 waren es 222. Der Personalstand wurde explizit zur Bewältigung des pandemiebedingten Mehraufwands aufgestockt. Diese Stellen wurden nach Ende der Krise jedoch nicht zurückgebaut, sondern flossen nahezu unbemerkt in den Regelbetrieb über.

Der zusätzliche Personalstand führt heute zu strukturellen Mehrkosten von jährlich rund 20 Millionen Euro pro Jahr bedenkt man die durchschnittlichen Personalkosten von etwa 90.000 Euro pro Vollzeitkraft. Über einen Zeitraum von fünf Jahren entstehen dadurch Mehrkosten von etwa 100 Millionen Euro ohne, dass diese durch entsprechende Leistungssteigerung oder Notwendigkeit gedeckt wären.

Gerade vor dem Hintergrund der dringend notwendigen Haushaltskonsolidierung ist dies nicht länger vertretbar. Es besteht ein erhebliches Einsparungspotenzial, ohne die Funktionsfähigkeit der Verwaltung zu gefährden. Ein Aufnahmestopp – ergänzt durch eine vorrangige interne Umstrukturierung und gezielte Nachbesetzung – ist ein effizienter und sozial verträglicher Schritt, um dieses Ziel zu erreichen.

Innsbruck, am 02.07.2025